

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 24.02.2009
	Schriftführung Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/14-2865
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss	Sitzung am Mittwoch, 4. Februar 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:17 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
A <u>Öffentlicher Teil</u> 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit Seite A 3 2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am - 17.09.2009 - öffentlicher Teil - - 18.11.2009 - öffentlicher Teil - <i>Seiten A 3 f</i> 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.11.2008 - öffentlicher Teil 14/2009 <i>Seite A 4</i> 4. Mitteilungen der Vorsitzenden <i>Seite A 4</i> 5. Mitteilungen des Bürgermeisters 15/2009 <i>Seite A 4</i> 6. Bedarfsplanung und Betriebskostenförderung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2009/2010 30/2009 <i>Seiten A 4 ff</i>	

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 7. | Meldung des Investitionsvolumens an das Land zum Ausbau des Platzangebotes für Kinder im Alter bis drei Jahren in Kindertagesstätten (Krippenplätze) und in Kindertagespflege
31/2009 | Seiten A 8 f |
| 8. | Verbundbewerbung für die Katholischen Kindertagesstätten Moitzfeld und Bensberg
19/2009 | Seite A 9 |
| 9. | Zielgruppenförderung Familienbildung - Gutscheine für Familienbildung
20/2009 | Seite A 9 |
| 10. | Antrag der Katholischen Erziehungsberatung auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Einzugsbereich der Erziehungsberatungsstelle
17/2009 | Seite A 9f |
| 11. | Antrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2009 zur Überprüfung der beim Kindertagesstättenentwicklungsplanes angenommenen Zahlen
50/2009 | Seite A 10 |
| 12. | Anfragen der Ausschussmitglieder | S. A 10 ff> |

-
- | | | |
|----|---|-----------|
| B | <u>Nichtöffentlicher Teil</u> | Seite B 1 |
| 1. | Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am
- 17.09.2009 - nichtöffentlicher Teil -
- 18.11.2009 - nichtöffentlicher Teil - | |
| 2. | Mitteilungen der Vorsitzenden | |
| 3. | Mitteilungen des Bürgermeisters | |
| 4. | Anfragen der Ausschussmitglieder | |

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Bendig, eröffnet die 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der siebten Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Ausschussmitglieder haben sich entschuldigt und werden wie folgt vertreten:

- Herr Pfarrer Nötzel (Evangelische Kirche) wird von Frau Mester-Niehoff vertreten.
- Frau Lehnert (CDU-Fraktion) wird von Herrn Dr. Bernhauser vertreten.
- Frau Mundorf (Stadtspportjugend) wird von Herrn Dr. Molitor (Deutsches Rotes Kreuz) vertreten.
- Herr Sellmann (Amtsgericht Bergisch Gladbach) hat sich entschuldigt und wird nicht vertreten.
- Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wird von Frau Scheerer vertreten.
- Herr Gerhards (FDP-Fraktion) wird von Herrn Lehmkuhler vertreten.

2 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am

- 17.09.2008 - öffentlicher Teil -
- 18.11.2008 - öffentlicher Teil -

Herr Hastrich erklärt auf Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) zum Bildungsnetzwerk, in der Lenkungsgruppe sei für die Stadt Bergisch Gladbach Herr Dr. Speer Mitglied. In der „Vollversammlung Bildungskonferenz“, die bislang noch nicht tagte, habe die Jugendhilfe kreisweit drei Sitze. Einen dieser drei Sitze habe er selbst inne. Die Lenkungsgruppe habe die Einrichtung von vier Fachforen beschlossen. Eines betreffe mit dem Thema „Selbständige Schule“ nur die Schule. Die anderen drei Foren betreffen die verschiedenen Übergänge Kindertageseinrichtungen/Schule/Beruf. Für jedes dieser Foren habe das Jugendamt eine Person gemeldet. Es sei noch nicht geklärt, wann die Fachforen ihre Arbeit aufnehmen.

Hinsichtlich „Kein Kind ohne Mahlzeit“ hatte die Landesregierung ursprünglich auf eine Anhebung der Regelsätze für Kinder durch Änderung der Regelsatzverordnung gehofft. Diese sei bei der letzten SGB II - Änderung nicht erfolgt. Aufgrund höchst-richterlicher Rechtsprechung sei der Bundesgesetzgeber gefordert, in diesem Bereich jedoch eine andere Regelung zu treffen. Unklar sei, wann diese Regelung komme. Ihm sei derzeit nicht bekannt, ob die Landesregierung die derzeitige freiwillige Regelung auch für das nächste Betreuungsjahr aufrechterhält.

Für eine Ausdehnung auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen gibt es bisher

keine Lösungsmöglichkeiten. Verwaltungsintern wird geprüft, durch Umschichtungen zumindest einen Einstieg in diesen Bereich zu finden.

Die Niederschriften werden im Übrigen genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.11.2008 - öffentlicher Teil

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Bendig bedankt sich bei Frau Forster für den Jahresbericht 2008. Außerdem weist sie auf eine Fotoausstellung im Vorraum des Ratssaales hin. In dieser Ausstellung wird über die Arbeit des ZAK berichtet. Sie begrüßt vom ZAK Frau Boljahn, Frau Albers und Frau Kimmerle sowie die Fotografen Hülya (14 Jahre) und Daniel (12 Jahre). Sie hoffe, dass sich die Ausschussmitglieder die Ausstellung ansehen. Schließlich begrüßt sie Herrn Niewels vom Kölner Stadt-Anzeiger.

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Hastrich begrüßt über die schriftlichen Mitteilungen hinaus Herrn Haas, der kommissarisch die Abteilung „Hilfe für junge Menschen und Familien“ leitet. In der letzten Sitzung habe die Verwaltung den Ausschuss darüber informiert, dass sie hinsichtlich der Anträge der freien Träger zur Erhöhung der Pauschalen zum Offenen Ganztag zunächst die Entscheidung der Landesregierung abwarten wollte. Zwischenzeitlich hat die Landesregierung eine Erhöhung der Pauschalen abgelehnt. Verwaltungsintern wird das weitere Procedere geprüft. Danach werden mit den Trägern Gespräche geführt; ggf. wird in der nächsten Sitzung berichtet.

6 Bedarfsplanung und Betriebskostenförderung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2009/2010

Frau Münzer erklärt die grundsätzliche Zustimmung der CDU-Fraktion zu dieser Vorlage. Aufgefallen sei ihr, dass die 35-Stunden-Betreuung eigentlich die gefragteste sei. Auf Seite 41 werde ausgeführt, dass die angestrebte Verteilung der drei Betreuungsbudgets im Durchschnitt aller Kindertagesstätten erreicht werde, auch wenn viele Träger einen höheren Anteil an Plätzen mit einer 45-Stunden-Betreuung für bedarfsgerechter halten. Dies sei unglücklich ausgedrückt, weil der Elternwille mehr als der Trägerwille berücksichtigt werden solle.

Herr Hoffstadt erklärt für die SPD-Fraktion, allgemein bestehe Klarheit darüber, dass nach dem KiBiz mit einer 25-Stunden-Betreuung und bedingt auch mit einer 35-Stunden-Betreuung ein normaler Betrieb nicht zu führen sei. Weil die Träger eine qualitätsvolle Arbeit anbieten wollen, tendieren sie eher dazu, die auskömmlichere Betreuung anzupreisen. Dem stehen möglicherweise die Interessen von Eltern entgegen. Eigentlich solle der Ausschuss froh über ein einigermaßen ausgewogenes Angebot sein.

Nachdem die Entwicklung des KiBiz genauso schlecht laufe wie prognostiziert, sieht Herr Hoffstadt in diesem Bereich weiteren Beratungsbedarf.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) schließt sich den Ausführungen Herrn

Hoffstadts grundsätzlich an. Sie begrüßt die Arbeit, die sich Herr Geist mit der Vorlage gemacht habe, erhofft sich für die Zukunft aber eine komprimiertere Darstellung. Einsparmöglichkeiten in diesem Bereich sieht sie nicht. Auch geringe Mehrkosten gegenüber dem veranschlagten Budget seien im Vergleich etwa zu einem großen Bauprojekt akzeptabel.

Ein Träger könne für Kinder unter drei Jahren im Rahmen einer 35-Stunden-Betreuung keine qualitativ gute Arbeit leisten. Hier müssten Eltern in manchen Fällen noch überzeugt werden. Wenn die Einrichtungen mit den Stundenkontingenten flexibel umgehen, sei dies auch möglich. Der Vorlage könne sie entnehmen, dass die Verwaltung die Träger sehr gut beraten habe. Vor Ort sei hinsichtlich des flexiblen Umgangs mit dem Stundenkontingent noch viel Beratung bezogen auf die 10 %ige Über- oder Unterdeckung erforderlich.

Herr Lehmkuhler erklärt, die FDP-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, weil die Bedarfsplanung wieder nicht auf einer Elternbefragung beruht. Diese Elternbefragung werde schon länger von seiner Fraktion gefordert, aber erst dieses Jahr umgesetzt.

Herr Köchling (Caritasverband RheinBerg) ist erfreut über die für das KiBiz gefundene organisatorische Lösung. Gleichwohl sieht er eine deutliche Reduzierung der Qualität, zumindest einen Konzeptwechsel in der Landschaft der Kindertagesstätten. Die Flexibilisierung, die der Arbeitsmarkt Beschäftigten abverlangt, werde fast vollständig an die Kinder weitergegeben. Die sehr frühe Vermittlung unter Dreijähriger in die Gemeinschaftserziehung, die geringere Ausstattung der Institution mit Planungssicherheit und der Abbau von Puffern werde sich auf die Arbeit mit Kindern auswirken und insbesondere darauf, was die Kinder an Beziehungen in den Tagesstätten erleben. Er möchte wissen, ob die Verwaltung schon eine Idee habe, wie das Jugendamt diese Entwicklung im Blick behalten kann und wie es gelingt, schwierige Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen, um evtl. an anderer Stelle gegenzusteuern. Es gebe ernst zu nehmende Stimmen, die in dieser Hinsicht große Sorge haben. Womöglich werde sich der Ausschuss in einigen Jahren fragen, dass bestimmte Erziehungsziele so nicht mehr zu verwirklichen sind. Es werde wieder so sein, dass Kinder mit genügend Beziehungsangeboten in Familien schadlos bleiben und andere Kinder nicht das finden, was sie für eine gesunde Entwicklung brauchen.

Frau Bendig ist der Ansicht, Herr Köchling habe sehr gut ausgedrückt, worin die Sorge vieler bei der Betrachtung der Kindertagesstätten besteht.

Frau Münzer schließt sich für die CDU-Fraktion den Gedanken Herrn Köchlings an. Nächstes Ziel solle sein, der Versorgungsoffensive eine Qualitätsoffensive folgen zu lassen.

Herr Galley (SPD-Fraktion) sieht bei den Ausführungen Herrn Köchlings die Sorge um die Perspektiven der Kinder im Vordergrund. Er teile aber nicht die Vorbehalte gegen einen weiteren Ausbau der gemeinschaftlichen Erziehung, also des zunehmenden Herausnehmens aus den Elternhäusern bedingt durch die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitswelt. Diesen Prozess könne der Ausschuss nicht ändern. Aufgabe müsse daher die von Frau Münzer angesprochene Qualitätsoffensive sein. Seine Fraktion sehe den Aspekt der gemeinsamen Erziehung von Kindern in Einrichtungen von der Güte wie in Bergisch Gladbach positiv. Er halte es für beachtlich, welche sozialen Kontakte in diesen Einrichtungen geknüpft werden und was sich daraus entwickelt.

Er rate zur Vorsicht, von fehlenden Bindungen ausschließlich im familiären Bereich zu sprechen. Er habe Kinder erlebt, die in der Familie blieben, aber gerade daher Probleme in die Schule mitbrachten, als sie verspätet in das soziale Umfeld kamen und sich nur schwer anpassen konnten.

Herr Hastrich erklärt auf Anfrage Frau Münzers, Spielgruppen seien nicht Gegenstand der Vorlage. Die Vorlage befasse sich mit der Meldung im Rahmen des KiBiz, wie die Versorgungsstrukturen nach KiBiz im Betreuungsjahr 2009/2010 aussehen sollen. Die Kindertagespflege werde am Ende der Vorlage behandelt (S. 55, Punkt 6). Die Fördersystematik sei hier eine andere als bei Kindertageseinrichtungen. Spielgruppen sind im KiBiz nicht erfasst.

Der Umfang der Vorlage liege in der Bemühung, dem Ausschuss die Entwicklung in allen 66 Einrichtungen anschaulich zu machen. Eine Beschränkung der Darstellung auf die Stadtbezirke würde zwar die Vorlage verkürzen. Dann müssten die Ausschussmitglieder aber die Unterlagen der Jugendhilfeplanung dazunehmen.

Er bedankt sich für die Anerkennung der Kollegen und Kolleginnen, die mit viel Engagement das dargestellte Verhandlungsergebnis ermöglicht haben. Sein Dank gelte auch den Trägern.

Der aus Trägersicht dargestellte höhere Bedarf an Plätzen mit 45 Wochenstunden sollte zum Ausdruck bringen, dass aus fachlicher Sicht der Träger Eltern einen höheren Betreuungsbedarf geltend machen als im Ausschuss verabredet wurde. Die Fachberatungen hätten selbstverständlich darauf hingewirkt, möglichst nahe an die im Ausschuss verabredete Quote heranzukommen. In den Budgets 35 und 45 Wochenstunden liege die Stadt geringfügig über den verabredeten Quoten. Die Träger tragen vor, dass der Bedarf bei den 45 Wochenstunden noch höher sei. Er teile nicht die Auffassung, dass es sich dabei in erster Linie um eine ökonomische Betrachtung handle, sondern um eine Aussage, was in den Einrichtungen und von den Trägern erkannt wird. Über den tatsächlichen Elternbedarf könne derzeit nur spekuliert werden. Die Erhebung sei für Mai/Juni vorgesehen. Er hoffe, das Ergebnis dem Ausschuss im September oder November vortragen zu können.

Höhere Betreuungsbudgets lösen nicht nur eine höhere Pauschale aus, sondern auch eine personelle Verpflichtung. Die weit überwiegende Zahl der Träger sei sehr engagiert und nutze den Spielraum des KiBiz für eine qualitativ hochwertige Arbeit. Daran müsse der Ausschuss ein Interesse haben.

Das gesellschaftlich bedingte Erfordernis einer verstärkten Betreuung unter Dreijähriger halte er nicht für tendenziell schlecht. Er erlebe täglich, was in den Familien an Leistungen erbracht wird. Daher sei er froh über qualifizierte Kindertageseinrichtungen, die wichtige erzieherische Leistungen erbringen. Überlegungen, sich auch qualitativ der Sache anzunehmen, schließe er sich ausdrücklich an. In diesem Zusammenhang erinnert er an Ausführungen Herrn Pfarrer Nötzels nebst anschließender Diskussion in der letzten Sitzung dieses Ausschusses. Er sehe als vorrangige Aufgabe, in der Planungsgruppe „Kindertagesbetreuung“ und auch in der Leiterinnenkonferenz dieses Thema kritisch zu prüfen. Zu gegebener Zeit werden dem Ausschuss dazu fundierte Daten vorgelegt.

Herr Hoffstadt geht auf die angesprochene Qualitätsoffensive ein und sieht als Ansatzpunkt für die zukünftige Arbeit, in der zuständigen Planungsgruppe darüber zu sprechen, was denn gebraucht wird, um einen vertretbaren Qualitätsstandard zu erreichen, und die Ergebnisse schriftlich festzuhalten. In diesem Zusammenhang erinnert er auch an den Abbau des Personals 2003/2004.

Zur geplanten Elternbefragung verweist Herr Hoffstadt darauf, dass gesicherte Er-

kenntnisse bereits auf einen steigenden Bedarf schließen lassen. Die Befragung beziehe sich auch eher auf den quantitativen als den qualitativen Bereich. Im Kindergartenbereich bestehe ein Versorgungsbedarf von 100 %, im Grundschulbereich 50 % und im Bereich der unter Dreijährigen zwischen 40 und 50 %. Die sei die gesellschaftliche Entwicklung. Um sinkende Kinderzahlen zu verhindern, sei ein gutes Angebot erforderlich.

Herr Neuheuser (Fraktion KIDitiative) ist ebenfalls der Auffassung, dass die Qualität weiter verbessert werden müsse. Der Jugendhilfeausschuss solle immer die Bedürfnisse der Kinder im Auge behalten. Um ihre Rolle in der Gesellschaft finden zu können, fehle vielen Kindern in großem Umfang Bildungshintergrund. Dieser könne nur erreicht werden, wenn schon in Kindertagesstätten die Qualität erhöht wird. Er sei erfreut über die Wendung, die die Diskussion in diesem Ausschuss genommen habe.

Frau Münzer sagt zu, in dieser Richtung mitzuarbeiten. Zunächst solle aber die Elternbefragung abgewartet werden, ehe weitere Arbeiten in Angriff genommen werden. Auch die Ausführungen Herrn Köchlings sollen in weitere Überlegungen einfließen.

Um die Qualität zu steigern, könne es auch erforderlich sein, sich mit dem Personal der Einrichtungen zusammenzusetzen. Derzeit sehe sie dort auch hinsichtlich des Bildungsauftrages viel Unsicherheit.

Herr Hastrich führt aus, die Arbeit in der Planungsgruppe oder in der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe könne dazu dienen, die sowieso für Ende des Jahres vorgesehene Fortschreibung der integrierten Kindertagesstättenplanung inhaltlich zu unterstützen.

Auch Herr Galley hält die Befragung der Eltern, die ebenfalls Akteure des Systems sind, für wichtig. Er erinnere sich an Diskussionen in Kindertagesstätten über die Frage, wem die vorhandenen Plätze zur Verfügung gestellt werden sollen. Das Argument, was gut für das Kind sei, wenn es auch zuhause betreut werden könnte, sei nie gefallen. Der Auftrag an die Verwaltung solle sein, das Kinderinteresse möglichst zu berücksichtigen.

Herr Dr. Bernhauser regt an, die Qualitätsoffensive mit der Elternbefragung in der Form zu verbinden, dass auch nach Qualitäten gefragt wird.

Sowohl Verwaltung als auch AG 78 sollten sich verstärkt Gedanken darüber machen, was Qualitätskriterien für eine gute Tagesbetreuung von Kindern sind.

Die Forderung nach familien- und kinderfreundlichen Betrieben sei immer mehr aufgegeben worden. Stattdessen werde versucht, die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen immer mehr auszudehnen. Die Arbeitgeber dürften nach Auffassung Herrn Dr. Bernhausers nicht aus der Pflicht genommen werden, bei Entscheidungen zu Arbeitszeiten auch familiäre Belange der Mitarbeiter zu berücksichtigen.

Herr Geist verweist darauf, dass alle Untersuchungen und Vorschläge zum Thema Qualität den Ansatz hätten, das Wohl der Kinder und die Interessen der Eltern gemeinsam zu sehen. Durch diese Vorgehensweise seien die Chancen für vernünftige Vorgehensweisen am besten.

Das Sorgerecht für die Kinder liege bei den Eltern. Deren Votum sei bisher Maßstab für das Handeln des Jugendamtes gewesen.

Die Versorgungsquoten seien nicht im Kindergartenbereich, sondern eher im Bereich der unter Dreijährigen strittig. Herr Hoffstadt habe zu recht darauf verwiesen, dass die

Zahlen relativ gesichert seien. EU-weit hätten sich die Länder auf eine Mindestversorgungsquote von 33 % geeinigt. Das Deutsche Jugendinstitut sei für Deutschland zu einer Mindestversorgung von 35 % gekommen. Die genannten Untersuchungen gingen jedoch nicht von einem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz oder einen Platz in Tagesbetreuung aus. Aufgrund der Ende letzten Jahres geänderten Rechtslage müsse von einer Änderung der Nachfrage ausgegangen werden, die sich eher in Richtung 40 % bewegen wird. Darauf müsse sich das Jugendamt einstellen. Durch die Elternbefragung erwarte er eine genauere Aussage zur benötigten Versorgungsquote. Die Rückmeldung der Träger zu einem höheren Bedarf an Plätzen mit 45 Stunden sei nicht erfolgt, um ein höheres Budget zu bekommen, sondern beruhe auf einer Rückmeldung der Eltern. Deutlicher geworden als in der Vergangenheit sei das Verlangen vieler Arbeitgeber nach flexiblen Arbeitszeiten. Viele Eltern, die nur 15 oder 20 Stunden beschäftigt seien, wüssten oft nicht frühzeitig, wie ihre Arbeitszeit aufgeteilt wird. Um eine regelmäßige Betreuung zu sichern, würden sich viele Eltern deshalb für einen Platz mit einer längeren Betreuung entscheiden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion)

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der vorliegenden Bedarfsplanung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2009 / 2010 zu und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes, auf dieser Grundlage beim Land die Betriebskostenmittel zu beantragen.

7

Meldung des Investitionsvolumens an das Land zum Ausbau des Platzangebotes für Kinder im Alter bis drei Jahren in Kindertagesstätten (Krippenplätze) und in Kindertagespflege

Frau Münzer verweist auf den Investitionsbedarf in Höhe von 900.000 € für die Versorgung unter Dreijähriger; vorgesehen seien aber nur 600.000 €. Auf Ihre Frage, woher die Differenz kommen solle, erklärt Herr Mumdey, der Betrag von 9 Mio. € werde rein vorsorglich beantragt. Ob die Stadt tatsächlich so viel bekomme, sei eine andere Frage. Dem entspreche auch der Eigenanteil der Stadt. Angesichts des städtischen Haushaltsvolumens sei er zuversichtlich, dass selbst bei einer Bewilligung von 9 Mio. € die Stadt 300.000 € aufbringen könne.

Zur Frage von Frau Dehler (Evangelische Jugend) nach dem Sachstand der Anmeldung der evangelischen Kindertagesstätte Kradepohl als Familienzentrum verweist Herr Zenz auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.03.2009. Der Antrag der Kindertagesstätte sei eingegangen; für die nächste Sitzung werde dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussvorschlag unterbreitet.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für die Vorarbeit. Komme das Investitionsvolumen zum Tragen, sei dies ein Schritt in Richtung Qualitätssicherung. Daher hoffe sie auf eine Bewilligung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Jugendhilfeausschuss stimmt die Investitionsplanung zum Ausbau des Angebots an Plätzen für Kinder im Alter bis drei Jahren in Kindertagesstätten (Krippenplätze) und in Kindertagespflege zu und beauftragt den Bürgermeister, auf dieser Grundlage das Investitionsvolumen im Rahmen des „Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 – 2013“ dem Land zu melden.

8 **Verbundbewerbung für die Katholischen Kindertagesstätten Moitzfeld und Bensberg**

Herr Köchling (Caritasverband) verlässt wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

In Abänderung des Beschlusses vom 12.02.2008 wird der Verbundbewerbung folgender Einrichtungen zu einem Familienzentrum NRW zugestimmt:

Caritas Kindertagesstätte Bensberg, Bensberg (521)

Kath. Kindertagesstätte St. Nikolaus, Kaule (542)

Kath. Integrative Kindertagesstätte St. Joseph, Moitzfeld (551)

Herr Köchling kehrt an seinen Platz zurück.

9 **Zielgruppenförderung Familienbildung - Gutscheine für Familienbildung**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10 **Antrag der Katholischen Erziehungsberatung auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Einzugsbereich der Erziehungsberatungsstelle**

Herr Köchling verlässt wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag: (einstimmig)

Die Verwaltung des Jugendamtes wird ermächtigt, die Zusatzvereinbarung zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Katholischen Erziehungsberatung e. V. – Erziehungsberatungsstelle – Bergisch Gladbach zu unterzeichnen, um die Mitfinanzierung der zusätzlichen Stelle für maximal zwei Jahre – sofern Mittel des Erzbistums Köln zur Verfügung gestellt werden - sicherzustellen.

Herr Köchling kehrt an seinen Platz zurück.

11 **Antrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2009 zur Überprüfung der beim Kindertagesstättenentwicklungsplanes angenommenen Zahlen**

Frau Münzer erklärt für die CDU-Fraktion, der Antrag erledige sich mit der Elternbefragung. Eine Abstimmung sei nicht erforderlich.

Frau Schöttler-Fuchs:

Ich habe zwei Anfragen:

1. Ich komme auf Tagesordnungspunkt A 3 zurück. Der Vorlage war der Antwortbrief zur Jungenarbeit beigelegt. In diesem Antwortbrief steht, dass die Idee entwickelt wurde, Spender zur Finanzierung einer entsprechend qualifizierten Honorarkraft zu finden, die das Konzept des Forums Jungenarbeit weiter ausarbeitet und untersucht, aus welchen Fördertöpfen aus EU-Mitteln eine längerfristige Finanzierung der Fachkraftstelle für Jungenarbeit ermöglicht. Wer eruiert die Spender? Wer sucht die Fördertöpfe aus EU-Mitteln? Machen das die Jungenarbeiter oder macht das die Verwaltung?

Herr Zenz erklärt, es sei gedacht, dass über das Forum Jungenarbeit eine Person im Wege eines Werkvertrages/Honorarvertrages beschäftigt werden soll, die sich ausschließlich mit der Frage beschäftigt, wer uns für zwei bis drei Jahre Finanzmittel geben könnte, damit wir jemanden einstellen können, der in dieser Zeit Jungenarbeit stärker profiliert in Bergisch Gladbach. Das ist eine Aufgabe, die vielleicht ein halbes Jahr dauert. Welche Töpfe derjenige aussucht – ob es sich um EU-Töpfe handelt oder die große Gruppe der Stiftungen – die man ggfls. ansprechen könnte, müsse sich dann ergeben. Die Kollegen im Forum Jungenarbeit sind so mit ihrer Alltagsarbeit beschäftigt, dass sie sich mit dieser Fragestellung nicht so detailliert beschäftigen können. Wir haben mit diesem Förderinstrumentarium schon relativ gute Erfahrungen gesammelt bei der Fragestellung, wie wir es mit einer Mädchenberatungsstelle in Bergisch Gladbach machen und ob es da eine Möglichkeit gibt. Das hat zwar relativ lange gedauert, aber über diesen Weg hat sich vielleicht etwas entwickelt. Die gleiche Hoffnung haben wir, im Bereich der Jungenarbeit etwas hinzubekommen. Dabei handelt es sich um etwas, was meistens maximal zwei bis drei Jahre finanziert ist. Im Vorhinein müsse sich die Frage gestellt werden, was danach passiert.

Auf Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs ergänzt Herr Zenz, die Honorarstelle werde nicht von der Stadt finanziert, sondern müsse von einem Spender finanziert werden. Er sei aber sehr zuversichtlich, in Bergisch Gladbach einen Spender zu finden.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich schon jetzt.

2. Meine zweite Frage bezieht sich auf das Projekt, das im Flur vor dem Ratssaal zu sehen ist. Dies finde ich ganz toll. An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Aktiven dort ausdrücklich. Dabei handelt es sich um eine kleine Wanderausstellung, die den Stadtteil repräsentiert. Es sind sehr gute Fotos entstanden. Ist es möglich, diese Ausstellung auch im Rathaus in Bergisch Gladbach zu zeigen? Letztlich wurde unten im Flur etwas aus der Villa Zanders gezeigt. Ich würde es begrüßen, wenn dort auch die Fotos gezeigt werden können.

Herr Hastrich sagt eine Prüfung und nach Möglichkeit auch eine Umsetzung zu.
(Nachrichtlich: Die Ausstellung war vom 18.02. bis zum 04.03.2009 im Rathaus Gladbach zu sehen.)

Herr Dr. Bernhauser:

Ich habe vier Fragen:

1. Wir haben uns heute wieder intensiv mit der Betreuungssituation von kleinen Kindern beschäftigt. Wir sind ein Jugendhilfeausschuss; es gibt auch ältere Kinder, die Bedarfe haben, die wir hier besprechen. Deshalb meine Frage: Wie sieht es mit der Umsetzung der Ganztagsoffensive in unserer Stadt aus? An wie vielen Schulen sind inzwischen Übermittag-Betreuungen eingerichtet worden, vor allem auch unter Beteiligung der Träger der freien Jugendhilfe? Diese stehen für eine gewisse Qualität.

Herr Zenz erklärt, alle weiterführenden Schulen in Bergisch Gladbach hätten die entsprechenden Mittel „Geld oder Stelle“ beim Land beantragt. Dahinter steckt aber nur der schulische Teil. Einige Schulen haben Kontakt mit weiteren Jugendhilfeträgern aufgenommen, um das weiterzuführen, was es bei Dreizehn plus/Sek. I bereits gibt. Die Verwaltung kann bezogen auf die zweite Schuljahreshälfte feststellen, dass Dreizehn plus/Sek. I auch weiterhin so funktioniert wie bisher. Erst für das Schuljahr, das im Sommer beginnt, wird es interessant darüber nachzudenken, wie sich Schulen weiterentwickeln und Träger der Jugendhilfe einbinden. Hier gibt es vor allem an den Standorten, wo es bisher noch kein Thema war, erste Bewegungen. Er hoffe, dass es zukünftig ein breiteres Feld mit der Einbindung von Trägern der Jugendhilfe gibt.

2. Zurzeit wird gerechnet, wie viele Millionen € aus dem Konjunkturprogramm II für Investivmaßnahmen auch in unsere Stadt fließen. Ein großer Teil steht für Investitionen im Bereich Bildung zur Verfügung. Wird in der Verwaltung darüber nachgedacht, dass zum Bereich Bildung natürlich nicht nur Schulen gehören, sondern auch Jugendfreizeiteinrichtungen, Offene Türen, Familienbildungsstätten, auch in freier Trägerschaft. Werden diese zumindest in den Überlegungen zur Verteilung der Investitionsmittel angemessen berücksichtigt?

Herr Hastrich weist darauf hin, dass derzeit die Verwaltung in allen Fachbereichen Verwendungsmöglichkeiten unter dem Vorbehalt sammelt, dass das „Kleingedruckte“ noch nicht veröffentlicht wurde. Momentan wisse keiner ganz genau, wie die Mittel eigentlich eingesetzt werden dürfen. Der Verwaltungsvorstand werde der Politik zu gegebener Zeit eine Liste vorlegen, wie die Mittel verwendet werden können. Dabei prüft die Verwaltung selbstverständlich auch die Bildungsarbeit im Bereich der Jugendhilfe.

3. Meine dritte Frage betrifft Kinder mit Sprachförderbedarf, also die getesteten „Delfin-Kinder“. Wie viele Kinder mit Sprachförderbedarf besuchen keine Kindertageseinrichtung? Ich sehe hier einen wichtigen Anhaltspunkt, weil die Sprachförderung jetzt stattfinden muss. Sinnigerweise findet sie in der Tageseinrichtung statt, weil dort das Knowhow dafür da ist. Es wäre auch wichtig zu sehen, wie man die Zahl solcher Kinder, die nicht in einer Tageseinrichtung sind, reduziert. Ich hoffe nicht, dass in diesem Bereich schon irgendwelche Ordnungsstrafen angedroht sind.

Zu dieser Frage verweist Herr Zenz auf die Absicht der Verwaltung, dem Jugendhilfeausschuss in seiner übernächsten Sitzung eine umfangreichere Vorlage vorzulegen. Die Verwaltung hoffe, dass dann eine Phase abgeschlossen wurde und aus den gesammelten Erfahrungen dem Ausschuss berichtet werden könne. Es handelt sich hier

um kein einfaches Thema. Derzeit sind drei Kinder bekannt, die getestet wurden und einen Sprachförderbedarf haben, deren Eltern aber nicht davon überzeugt werden konnten, ihre Kinder in eine Kindertagesstätte zu geben. In anderen Fällen hatte die Verwaltung in dieser Hinsicht mehr Erfolg. In diesen drei Fällen haben die Versuche der Verwaltung, die Kinder nur für den Sprachförderbedarf in eine Kindertagesstätte zu vermitteln, nicht zum Erfolg geführt. Gelingt das weiterhin nicht, müsse eine andere selbstorganisierte Möglichkeit genutzt werden, um diesen Kindern das, was ihnen „zusteht“, zukommen zu lassen. Er appelliert im Hinblick darauf, dass die Stadt keine eigenen Kindertagesstätten trage, an die Träger, die Stadt zu unterstützen, um diesen wenigen Kindern helfen zu können.

In der Vorlage wird die Problematik der Eltern angesprochen, die noch nicht zum Sprachförderbedarf gegangen sind. Das Schulamt habe in solchen Fällen – bislang erfolglos – ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Diese Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

4. Am 20.11.2009 jährt sich zum zwanzigsten Mal der Tag, an dem die Vereinten Nationen die Kinderrechte beschlossen haben. Um mit Planungen anzufangen, ist Februar nicht zu früh. Meine Frage oder Anregung an die Verwaltung: Gibt es in Bergisch Gladbach anlässlich dieses Jahrestages eine besondere Veranstaltung oder Offensive?

Herr Hastrich erklärt, er sei im Hinblick auf eine solche Veranstaltung skeptisch. Nachdem das Kinderbüro vor einigen Jahren geschlossen wurde, fehlen dafür die personellen Voraussetzungen.

Frau Münzer:

Hat sich bezüglich der Trägerschaft hinsichtlich des Jugendzeltplatzes Grube Apfel ein neuer Sachstand ergeben?

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil um 18.14 Uhr.